Hinweis für die Presse: Bitte nicht vor dem Sitzungstag veröffentlichen.

**Beschlussvorlage I/016/2022
TOP Nr. 6 (Stadtrat)**

**Gremium
Stadtrat**

**Beschluss
Entscheidung**

**Ö-Status
öffentlich**

**Sitzungstag
05.04.2022**

Bezeichnung des Tagesordnungspunktes:

**Ukrainekrise;
Prüfantrag der Linken für Soforthilfe für Flüchtlinge und die Bereitstellung eines
Grundstückes als Flüchtlingsunterkunft**

Sachverhaltsdarstellung / Begründung

Mit E-Mail vom 27.02.2022 reicht die Linke einen Eilantrag mit bitte um Prüfung von Möglichkeiten der Soforthilfe, Aufnahme und Unterbringung von ukrainischen Geflüchteten in Grafing b. München ein.

Als Begründung wurde aufgeführt, dass nach UN-Angaben sind innerhalb der Ukraine mehr als 100.000 Menschen auf der Flucht. Die UN rechnen mit vier Millionen Flüchtlingen, wenn sich die Lage in der Ukraine weiter verschlechtert.

Auch Deutschland bereitet sich darauf vor, Menschen aufzunehmen. Ich stelle daher folgenden Eilantrag zur Prüfung:

1. Die Verwaltung der Stadt Grafing b. München möge in die zeitnahe, aktive Planung zu Grundstück Fl.Nr. 573/0 „Sondergebiet für den städtischen Bau- und Wertstoffhof“ mit der Zulassung für Unterkünfte und Wohnungen für Geflüchtete, Asylbegehrende, anerkannte Asylbewerber und wohnungslosen Personen im südlichen Grundstücksteil einsteigen und die Baugenehmigung beantragen.
2. Weiterhin möge die Verwaltung außerdem prüfen, welche zeitnahe, aktive finanzielle und materielle Soforthilfe die Stadt Grafing b. München für ukrainische Geflüchtete leisten kann.

Tatsächlich ist es möglich, dass auf dem Gelände des Wertstoffhofs eine Unterkunft für Flüchtlinge errichtet wird. Kostenträger ist der Freistaat Bayern, dem das Grundstück angeboten werden kann. Vor Erteilung einer Baugenehmigung muss eine Planung erfolgen. Mit einer Umsetzung ist 2022 nicht mehr zu rechnen.

Die Zuständigkeit für Leistungen an die ukrainischen Flüchtlinge liegt im Aufgabenbereich des Freistaates, der den Flüchtlingen insoweit auch bereits Zugang zu den Leistungen angeboten hat. Die Auszahlungen übernehmen laut Einigung mit dem Landratsamt die Städte und Gemeinden.

Die Auszahlung soll wöchentlich erfolgen und wird dann mit dem Landratsamt als Staatsbehörde abgerechnet. Dazu müssen die Flüchtlinge Anträge ausfüllen. Die Anträge werden in der Stadtverwaltung mit den Flüchtlingen gemeinsam ausgefüllt und ans Landratsamt weitergegeben. Dort wird die Höhe der Leistungen errechnet und an die Stadtkasse zur Auszahlung gemeldet.

**Beschlussvorschlag
Kein Beschlussvorschlag**

Finanzielle Auswirkungen:

Ja Nein **Verw.HH** / **Verm.HH** Ansatzüberschr. Nachtragsvormerkung

Auswirkungen auf den Klimaschutz:

Ja, positiv Ja, negativ Nein

Wenn ja, negativ: Bestehen alternative Handlungsoptionen? Ja Nein

Anlagen:

22_02_Prüfantrag-Hilfe für ukrainische Bevölkerung